



Manfred Todtenhausen

Mitglied des Deutschen Bundestages

Sprecher und Obmann im Petitionsausschuss

Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Pressemitteilung:

TODTENHAUSEN (FDP): „Förderprogramm ist eine Mogelpackung für Selbstständige ohne Angestellte – vielen Dank für Nichts“

Berlin, 19.06.2020

Manfred Todtenhausen, MdB

Abgeordnetenbüro Berlin:

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-79505

Telefax: +49 30 227-70504

manfred.todtenhausen@bundestag.de

<http://www.manfred-todtenhausen.de>

Wahlkreisbüro Wuppertal:

Sedanstr. 11

42275 Wuppertal

Telefon: +49 202 25796710

Telefax: +49 202 25796711

manfred.todtenhausen.wk@bundestag.de

Bürgerbüro Solingen:

Kölner Str. 8

42651 Solingen

Telefon: +49 212 2246264

manfred.todtenhausen.wk@bundestag.de

Bürgerbüro Remscheid:

Alleestr. 108

42853 Remscheid

Telefon: +49 2191 927538

manfred.todtenhausen.wk@bundestag.de

Zur aktuellen Petition (Online ID: 111001) des Verbands der Gründer und Selbstständigen Deutschland (VGSD) erklärt der zuständige Sprecher und Obmann der FDP-Bundestagsfraktion im Petitionsausschuss, Manfred Todtenhausen MdB:

„Infolge des Lockdowns befinden sich viele Selbstständige, Freelancer und Gründer in einer existenzbedrohenden Situation. Sie können vielfach ihre Tätigkeit weiterhin nicht ausüben und haben zum Teil Einnahmeeinbrüche von bis zu 100 Prozent. Während vor allem große Unternehmen von KfW-Sonderkreditlinien und dem eigens vom Bund geschaffenen Wirtschaftsstabilisierungsfonds gestützt werden, kommt von den Corona-Soforthilfen bei den Solo-Selbstständigen, Freiberuflern und Freelancern wenig an. So werden die eigentlichen Kosten von Solo-Selbstständigen wie Miete, Lebenshaltungskosten, Krankenversicherung usw. weiterhin nicht berücksichtigt. Stattdessen soll alleine die Grundsicherung für das Nötigste als Überbrückung aufkommen, tut es aber nur in einem Bruchteil der Fälle.

Die seit langem bekannten Kritikpunkte, die von vielen Seiten – von den Bundesländern, Wissenschaftlern, Betroffenen und von uns Liberalen im Deutschen Bundestag – vorgebracht wurden, werden von der Bundesregierung weiterhin ignoriert. Dabei ist etwa eine trennscharfe Differenzierung zwischen Lebenshaltungs- und Betriebskosten für die Betroffenen nicht möglich. Das alles verursacht bei allen unnötige Bürokratie und könnte dazu führen, dass wir am Ende der Corona-Krise einen Trümmerhaufen an selbstständigen Existenzen vor uns haben. Genau diese Menschen brauchen wir aber in Zukunft mehr denn je. Sie sind unersetzlich, um Innovation, Gründergeist und Fortschritt in unserem Land voranzutreiben.

Aus diesem Grund unterstützen wir die Petition des Verbands der Gründer und Selbstständigen Deutschland (VGSD), die unter <https://bit.ly/P111001> noch bis Dienstag, den 23. Juni, unterstützt werden kann.“